

Verband der Sozialdemokraten
Federal Deutschland



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0866800

P/XIV/170 - 1. August 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Atombomben und europäisches Bewußtsein Von Prof. Dr. L. Ratzel, MdB	127
4 - 5	Warnung für Bonn Günter Markscheffel berichtet aus Genf	87
6 - 7	Wo blieb der Verfassungsschutz ? Ist der rheinland-pfälzische Kripochef ein Kriegsverbrecher ?	67

* * * * *
* * *

Atombomben und europäisches Bewußtsein

Von Prof. Dr. L. Ratzei, M.d.B.

Die Tatsache, dass die englische Arbeiterpartei, die morgen Regierungspartei sein kann, unter der Voraussetzung, dass keine Neuaufnahmen für den Atomklub getätigt werden, bereit ist, auf die Atombombe zu verzichten, ohne dass die beiden ganz Grossen sofort ihren Verzicht leisten sollen, bedeutet eine ausserordentliche psychologische Erleichterung für ein mögliches Abkommen. Denn dadurch würde nicht nur Misstrauen beseitigt, sondern auch Vertrauen gegeben. Bei einem Austritt Englands aus dem Atomklub würde die europäische Sicherheit nicht verringert. Ebenso gewiss ist es, dass französische Atombomben die Aussichten auf ein Übereinkommen verschlechtern, ohne dass dadurch unsere Sicherheit irgendwie erhöht wird. Dem Mathematiker ist es durchaus geläufig, dass eine endliche Grösse dem Unendlichen zugefügt oder von ihm abgezogen, dieses nicht verändert. Allein der Vorrat der USA an Atomwaffen ist aber im Hinblick auf die Grösse unserer Welt durchaus unendlich. Atombomben "made in France" bringen auch keinen taktischen oder strategischen Gewinn, denn den Franzosen wird auch nichts "Besseres" einfallen, wie man diese Bomben ins Ziel bringt, ohne den Gegenschlag zu erhalten.

Sollte eine französische Atombombe auch nur "versuchsweise" in der Sahara explodieren, so ist die unausweichliche Konsequenz ein schlechteres "Klima" in ganz Afrika und in weiten Teilen Asiens, nicht nur für Frankreich, sondern auch für den gesamten Westen. Werden aber dadurch unsere Chancen auf eine Überwindung des Bolschewismus mit politischer und geistigen Kräften nicht entscheidend geschwächt? Mit der Atombombe können wir den Bolschewismus nur um den Preis der eigenen Vernichtung "überwinden", ganz abgesehen von der moralischen Fragwürdigkeit eines solchen Unternehmens. Wenn wir den Äusserungen der Bundesregierung Glauben schenken dürfen, sind wir gute Freunde Frankreichs. Welche Aufgaben hat ein guter Freund? Er deckt zum Beispiel nicht unser Tun und Lassen, wenn wir auf dem falschen Wege sind. Im Gegenteil, er sagt uns einmal anständig die Meinung. Schweigt er, dann handelt er nicht als Freund, sondern eher als Komplize. Die sogenannte Nibelungentreue, eine Art schlechter Freundschaft, ist uns Deutschen und unseren Freunden nie gut bekommen.

Dass die Bundesregierung hier auf keinem guten Wege ist, zeigt ihre Antwort auf eine kleine Anfrage der SPD. In dieser wollte die SPD unter anderem wissen, wie sich eventuelle Atombombenexplosionen in der Sahara auf die europäischen Länder und die Bundesrepublik auswirken. Eine berechtigte Frage, wenn man von dem Vorhandensein eines europäischen Bewusstseins ausgeht. Die Antwort der Bundesregierung sagt nichts aus über die Wirkung einer solchen Explosion auf

die europäischen Länder zum Beispiel auf Italien. Bei dem viel beschworenen europäischen Bewusstsein sollten aber die Sorgen der Italiener auch unsere Sorgen sein. Ein Meteorologe vertritt zum Beispiel die Auffassung, dass die Italiener dabei sehr viel abbekommen können. Ist es nicht denkbar, dass wir in der Bundesrepublik dabei indirekt etwas abbekommen, zum Beispiel über Lebensmittel, die wir aus Italien beziehen.

Bei der Antwort auf einen anderen Teil dieser kleinen Anfrage hat man den Eindruck, als ob der "Bömmel" aus Spoorls "Feuerzangenbowle" Regierungschef gespielt und die Parole ausgegeben habe: "Da stelle mer uns ganz dumm". Dieser Teil der Frage lautete: "Ist die Bundesregierung bereit, für ähnliche vertragliche Abmachungen wie in den Artikeln 30, 34, 37 und 38 des Vertrages über die Europäische Atomgemeinschaft zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung im Bereich der Westeuropäischen Union (WEU) einzutreten?"

Sieben Bundesministern, darunter der des Auswärtigen und der für Verteidigung, ist es nicht bewusst geworden, dass danach gefragt wurde, ob die Bundesregierung unter anderem bereit ist, dafür einzutreten, dass bei militärischen Atomversuchen zum Beispiel in der Sahara die gleichen Vorkehrungen für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz getroffen werden wie bei der friedlichen Anwendung der Atomenergie. Vielleicht haben aber auch die Minister mit dieser Art des Missverstehens nur ihrer Verachtung für das Parlament Ausdruck geben wollen? Wir haben uns allmählich daran gewöhnt, dass es Menschen gibt, die gar nichts dabei finden, wenn bei einer einzigen Atomwaffenexplosion tausende Tonnen radioaktiven Materials in die Atmosphäre geschleudert werden, denen aber die Beseitigung einer Tonne Atom Müll Alpträume bereitet.

In der Antwort der Regierung auf die obige Frage werden 35 von 49 Zeilen darauf verwendet zu sagen, was der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC) und die Internationale Atomenergie - Organisation (IAEO) zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der friedlichen Verwendung der Atomenergie zu tun gedenken. Das war nicht gefragt und wahrscheinlich den Fragestellern besser bekannt als einigen der an der Antwort beteiligten Ministern. Bei der Frage ging es darum, ob bei militärischen Versuchen im Bereich der WEU, genau wie bei Versuchen für die friedliche Anwendung der Atomenergie zum Beispiel folgende Bestimmung gelten soll (Art. 34 des Euratomvertrages): "Jeder Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet besonders gefährliche Versuche stattfinden sollen, ist verpflichtet, zusätzliche Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz zu treffen, er hat hierzu vorher die Stellungnahme der Kommission einzuholen. Besteht

die Möglichkeit, dass sich die Auswirkungen der Versuche auf die Hoheitsgebiete anderer Mitgliedstaaten erstrecken, so ist die Zustimmung der Kommission erforderlich." Solche Versuche können nie so gefährlich sein wie eine Atombombenexplosion, aber wie vorsichtig ist man dabei - bei der friedlichen Anwendung, nicht bei der militärischen. Wenn Frankreich zum Missvergnügen seines und unseres grossen Verbündeten eine Atombombe explodieren lässt, ist das sicherlich ein besonders gefährlicher Versuch, dessen Auswirkungen sich auf die Hoheitsgebiete anderer Mitgliedstaaten der WEU erstrecken, von den Neutralen ganz zu schweigen. Dabei werden nicht, wie es zum Beispiel Artikel 37 des Euratomvertrages verlangt, Vorkehrungen getroffen, die verhindern, dass das Wasser, der Boden, oder der Luftraum verseucht werden. Da Versuche in Sibirien oder im Pazifik zu einer Überschreitung der Euratom-Grundnormen für den Gesundheitsschutz um den Faktor 60 bei Regenwasser geführt haben, ist zu erwarten, dass Versuche in der Sahara sich in Mitteleuropa in gleicher Weise, aber in Italien noch viel katastrophaler auswirken. Denkt man eigentlich auch an die Menschen in Afrika?

Bei der friedlichen Verwendung der Kernenergie können die Kommission oder ein Mitgliedstaat der Euratom den Verursacher solcher Verseuchungen vor dem Gerichtshof der Gemeinschaft verklagen.

Auf die Frage, ob sie bereit sei, für militärische Versuche mit Kernenergie im Bereich der WEU ähnliche Abmachungen anzustreben, antwortet die Bundesregierung: "Da die Bundesregierung bestrebt ist, Doppelarbeit und Überschneidungen zu vermeiden, hält sie es gegenwärtig nicht für geboten, für ähnliche vertragliche Abmachungen wie in den Artikeln 30, 34, 37 und 38 des Euratomvertrages im Bereich der Westeuropäischen Union einzutreten". Doppelarbeit? Überschneidungen? Wer und wo? Die ganze Antwort ist nur blanker Hohn! Aber eines folgt aus dieser Antwort: Der Bundesregierung ist es gleichgültig, ob Atombombenexplosionen in der Sahara die Luft, das Wasser und den Boden in Europa verseuchen, von den Wirkungen in der unmittelbaren afrikanischen Nachbarschaft ganz abgesehen.

Wir können nur fragen: Wo bleibt das so oft beschworene europäische Bewusstsein, wo bleibt die Politik aus christlicher Verantwortung?

Warnung für Bonn

Günter Markscheffel berichtet aus Genf

Der Aufenthalt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, in Genf, hat Anlaß zu den gewagtesten Spekulationen gegeben. Es hieß, Brandt sei "herbei geeilt", um der westdeutschen Delegation zu "helfen", er sei nach Genf gekommen, um "den Alliierten den Rücken zu steifen", er habe "in Genf einmal mit dem Kompromißlärm aufgeräumt", usw. usw.

Das ist alles Unsinn. Brandt ist nicht nach Genf "geeilt", sondern vom Bonner Außenminister gebeten worden, in die Konferenzstadt zu kommen, um sich über die letzte Phase der Verhandlungen zu unterrichten. Dazu muß man wissen, daß Brandt sich in der ersten Phase über die schlechte Unterrichtung des Berliner Senats beschwert hatte.

Auch die anderen Behauptungen über Brandts Genfer Aktivität sind einfach erfunden. Der "Regierende" hat in seinen Gesprächen mit Brentano und den Außenministern der Westmächte alles zu hören bekommen, was er wissen muß, ist aber im übrigen bestrebt gewesen - entsprechend seinen früheren Erklärungen -, die Aufmerksamkeit seiner Gesprächspartner auf die Tatsache zu lenken, daß außer dem Berlin-Problem auch noch die Fragen der europäischen Sicherheit und der Wiedervereinigung auf der Tagesordnung stehen. Gelegentlich scheint man das in der Bonner Delegation vergessen zu haben ... Willy Brandt "macht" - wie er sagte - keine Außenpolitik; dafür ist Bonn zuständig und verantwortlich. Aber alle guten Wünsche der vernünftigen Konferenzbeobachter begleiten den "Regierenden" mit der Hoffnung, es möge ihm gelungen sein, den westlichen Delegationen begreiflich zu machen, daß ein isolierter Berlin-Kompromiß noch keine Lösung des Berlin-Problems an sich darstellt.

* * *

Je näher jetzt das Ende oder die Unterbrechung der Konferenz rückt, umso klarer wird es, daß der Erfolg oder Mißerfolg von Umständen abhängig ist, die außerhalb des eigentlichen Konferenzgeschehens liegen.

Zweifelloos spielt das erwartete Treffen Eisenhower - Chruschtschow noch vor einem allgemeinen Gipfeltreffen hier eine große Rolle. Wenn es Nixon in Moskau gelungen ist, die Voraussetzungen für ein Treffen der beiden Staatsmänner zu schaffen, werden bis dahin alle anderen Fragen in den Hintergrund treten. Dieses "Rendezvous zu zweit" dürfte dann vieles überschatten, was heute noch heftig diskutiert wird, auch die in den letzten Zügen liegende Genfer Außenminister-Konferenz. Aus diesem Grunde sind die Amerikaner vielleicht schon mit ihrem Gedanken viel weiter als hier in Genf.

* * *

Bei den Franzosen scheint das auch so zu sein. Ihre Überlegungen konzentrieren sich ganz auf die September-Session der UNO. Dort wird das Algerien-Problem, ausgelöst durch einen Antrag von Burma, auf der Tagesordnung stehen. Soweit man die Dinge jetzt schon überblicken kann, ist damit zu rechnen, daß eine afrikanisch-asiatische Staatengruppe in der UNO die Zweidrittelmehrheit für die Feststellung erwarten könnte: "Das ungelöste Algerien-Problem stellt eine Gefahr für den Frieden und für die internationale Sicherheit dar".

Die Amerikaner nehmen in der UNO eine Schlüsselstellung ein. Enthalten sie sich der Stimme und treten nicht gegen diesen Antrag der afrikanisch-asiatischen Staatengruppe auf, wird Frankreich isoliert.

Aus diesem Grunde versuchen die Franzosen hier in Genf, den Amerikanern das Leben so sauer wie möglich zu machen. Sie spekulieren darauf, daß sich die Amerikaner aus strategischen Gründen (NATO) einen Krach mit Paris nicht leisten können und tun so, als ignorierten sie die offensichtlichen Bemühungen Herters und Selwyn Lloyds um einen einigermaßen ausgleichenden Abschluß hier in Genf.

* * *

Es ist immer noch nicht geklärt, ob man am kommenden Mittwoch sagen kann: "Die Konferenz ist zu Ende" oder "Die Konferenz ist unterbrochen". Vieles läßt darauf schließen, daß Ost und West an der "Unterbrechung" mehr interessiert sind als an "Ende". Schon heute steht fest, daß man im westlichen Lager sehr bedauert, die Pause von drei Wochen zwischen der ersten und zweiten Konferenzphase nicht genutzt zu haben, um unter Berücksichtigung des Gesamtkomplexes der hier zur Debatte stehenden Fragen und der in der ersten Phase gemachten Erfahrungen keine beweglich-offensive Konferenzstrategie entwickelt zu haben. Das möchte man in einer neuer Phase gern nachholen.

Ferner glaubt man, daß jetzt mehrere große internationale Konferenzen folgen werden, in denen das Ost-West-Verhältnis ganz allgemein auf der Tagesordnung stehen dürfte. Man rechnet also mit einer großen "Flurbereinigung", die nach dem Gespräch zwischen Eisenhower und Chruschtschow angebahnt werden dürfte.

Das Können der westlichen Diplomatie wird sich also auf einem viel, viel größeren Terrain als bisher zeigen müssen. Wenn Bonn das nicht erkennt und sich nicht auch selbst etwas in der deutschen Frage einfallen läßt, um diese Entwicklung zu fördern und die Deutschland-Frage vernünftig in den Rahmen der zu erwartenden Konferenzserie zu stellen, wird es mit seiner bisherigen Politik hoffnungslos Schiffbruch erleiden.

Die letzten Tage in Genf waren für Bonn bereits eine deutliche Warnung.

+ + +

Wo blieb der Verfassungsschutz?

G.P. - Eine recht blamable Geschichte für das allerchristlichste Land Rheinland-Pfalz: Der Leiter des Landeskriminalamtes, Kriminalober-
rat Dr. Georg Heuser, 46, wurde an seinem Urlaubsort verhaftet. Die
im baden-württembergischen Ludwigsburg ansässige "Zentrale Fahndungs-
stelle der Bundesländer gegen Verbrecher unter dem Hitler-Regime" hat-
te seine Festnahme veranlasst. Das war am 23. Juli. Zunächst wurden
nur pauschale Vorwürfe bekannt: Dr. Heuser soll als SS-Hauptsturmfüh-
rer Massenerschiessungen in Minsk (Sowjetrussland) befohlen und ge-
leitet haben.

Genau eine Woche später, am 30. Juli, nahm Dr. Heusers Chef, der
rheinland-pfälzische CDU-Innenminister Wolters, zu der Verhaftung
Stellung. Allerdings wurden auch nach der Acht-Tage-Frist noch keine
Einzelheiten über die gegen den höchsten rheinland-pfälzischen Krimi-
nalbeamten erhobenen, schweren Beschuldigungen bekanntgegeben. Es
hiess jetzt lediglich, Heuser habe um die Weihnachtszeit 1941/42 den
Leiter des Einsatzkommandos Ib Russland-Mitte vertreten. Während die-
ser Zeit sollen die Erschiessungen stattgefunden haben. Über ihren
Umfang verlautete noch keine Silbe.

Obwohl die Meldung von der Verhaftung Heusers wie eine Bombe ein-
schlug, und noch am Tage danach verantwortliche rheinland-pfälzische
Regierungsstellen überrascht waren - oder zumindest so taten - er-
klärte Innenminister Wolters einige Tage später, er habe von den Er-
mittlungen gegen seinen Kripchef gewusst. Gleiches will übrigens Dr.
Heuser selbst gewusst haben, der bereits auf die ihn verhaftenden
Kriminalbeamten gewartet haben soll. Trotzdem aber streitet er bis
zur Stunde jegliche Schuld^{ab}. Die Beschuldigungen gegen Dr. Heuser wur-
den übrigens von dessen ehemaligen Chef, einem früheren SS-Obergrup-
penführer, der bis vor kurzem unter falschem Namen in der Bundesrepu-
blik gelebt hat, vorgebracht, jenem Leiter des Einsatzkommandos in
Minsk, den Heuser im Winter 1941/42 vertreten hat...

Als die sensationelle Verhaftung Dr. Heusers bekannt geworden war
- sie liess sich trotz geflüssentlicher ministerieller Bemühungen
nicht länger als einen Tag verheimlichen - gab das Innenministerium
die Einsetzung einer Sonderkommission bekannt, die die Arbeitsweise
des Landes-Kripchefs untersuchen sollte. Das war am Freitag vergange-
ner Woche. Bereits am Montag darauf erklärte der Innenminister, Heuser

habe seine Amtsgeschäfte korrekt geführt. Diese überraschend schnell getroffene Feststellung wurde in Rheinland-Pfalz mit einiger Skepsis entgegengenommen. Zu prüfen war nämlich, ob Heuser weitere "Ehemalige" in das Landeskriminalamt eingeschmuggelt habe und ob er fernerhin etwaige Fahndungshilfen und Ermittlungsgesuche gegen ehemalige Nazis auf kaltem Wege habe verschwinden lassen. Obwohl man unterstellen kann, dass die Ministerialbürokratie durch die Verhaftung des Landeskripochefs aus ihrem Sommerschlaf aufgeschreckt sein musste, darf man doch bezweifeln, ob sich ein solcher "Parsifelschein" nach zwei Tagen - länger konnte die Sonderkommission nicht tätig gewesen sein - schon ausstellen liess. Acht Tage nach der Verhaftung hat der Innenminister seinen Kripochef nun "vorläufig" seines Amtes enthoben.

Noch eine andere Frage drängte sich natürlich sofort auf: Dr. Heuser hat - aus Berlin kommend und in Rheinland-Pfalz völlig unbekannt - auf eine erstaunlich rasche Art Karriere gemacht. Der damalige Kriminalrat und zurückgestufte Oberinspektor kletterte in fünf Jahren die Stufenleiter im Blitztempo hinauf: Kommissar, Hauptkommissar, Kriminalrat, Oberkriminalrat. Er wurde zunächst Kripochef im pfälzischen Kaiserlautern, dann dortiger Polizeidirektor und Ende 1956 Leiter des Landeskriminalamtes in Koblenz. "Ein äusserst fähiger Beamter", sagt jetzt der Innenminister, der dies Amt erst seit Mai dieses Jahres verwaltet. Darüber, ob Heuser auch in der Mainzer Landesregierung wohlwollende Förder sitzen hat, die sich seiner aus gemeinsamer "glorreicher Zeit" erinnern, verlor er kein Wort.

Kein Wort ist natürlich auch vom rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz zu vernehmen, der mit der Affäre Heuser eine seiner lauschesten Blamagen lieferte. Was jedoch weiter nicht verwunderlich ist. Denn wer zuviel nach links schaut, der kann vieles nicht sehen, was rechts vor sich geht. Und dass in rheinland-pfälzischen Polizeidiensten die "Ehemaligen" weitestgehend den Ton angeben, das ist längst offenes Geheimnis.

+ + +

Verantwortlich: Günter Merkscheffel